

Horst Marburger

SGB II

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Ausführliche Einführung in das
Zweite Sozialgesetzbuch

Mit Gesetzestext und Verordnungen

10., aktualisierte Auflage



 **WALHALLA**
RECHTSHILFEN

Schnellübersicht

Seite

Vorwort	7
Abkürzungen	8
Kommentierung	9
Gesetzliche Grundlagen	43
Verordnungen	87
Stichwortverzeichnis	107

1

2

3

4

5

2 Kommentierung

Abgrenzung SGB XII und SGB II	11
Aufgaben und Ziele: Fördern und Fordern	12
Regelleistung, Mehrbedarfe, Einmalleistungen	16
Unterkunft und Heizung	18
Befristeter Zuschlag	20
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	21
Anspruchsberechtigte Personen	23
Zumutbarkeit	28
Zu berücksichtigendes Einkommen	31
Zu berücksichtigendes Vermögen	33
Soziale Absicherung während des Leistungsbezugs	35
Leistungsbeschränkungen	36
Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende	38
Rechtsmittel	39
Kinderzuschlag	39

Abgrenzung SGB XII und SGB II

Hilfe für Bedürftige hat in Deutschland eine sehr lange Tradition. Von Sozialhilfe kann aber erst seit 1961 mit der Schaffung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) gesprochen werden. Ab diesem Zeitpunkt gab es einen Rechtsanspruch auf Hilfe.

Das BSHG ist seit seines Bestehens mehrfach geändert worden. Es sah Sozialhilfe für alle hilfebedürftigen Menschen vor, wobei kein Unterschied gemacht wurde, ob es sich um jemanden handelte, der eigentlich noch in der Lage war, sein Leben durch Arbeit zu finanzieren, oder um jemanden, der aufgrund seines körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes dazu nicht mehr in der Lage war.

Eine der Sozialhilfe vergleichbare Leistung war die Arbeitslosenhilfe, die ebenfalls nur an Hilfebedürftige gewährt wurde. Allerdings war hier ein ausgelaufener Arbeitslosengeldanspruch zusätzlich Leistungsvoraussetzung, das bedeutet, der Bedürftige hatte während seines Berufslebens mindestens zwölf Monate Arbeitslosenversicherungsbeiträge bei einer Rahmenfrist von drei Jahren gezahlt. Arbeitslosenhilfe wurde also im Rahmen der Arbeitslosenversicherung gewährt, obwohl sie an sich keine Versicherungsleistung, sondern eine Fürsorgeleistung war.

Das Recht der Arbeitsverwaltung und Arbeitsförderung ist durch die sogenannten Hartz-Gesetze in vielen Bereichen geändert worden. Das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ vom 24. 12. 2003, das in seinen wesentlichen Teilen am 1. 1. 2005 in Kraft trat, beseitigte hierbei die Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe und führte stattdessen eine Grundsicherung für Arbeitsuchende ein. Diese wird im „Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)“ geregelt. Im Rahmen dieser Grundsicherung werden verschiedene Leistungen gewährt.

Sowohl der Sozialhilfe – seit 1. 1. 2005 im SGB XII geregelt – wie auch der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende ist gemeinsam, dass stets Hilfebedürftigkeit vorliegen muss. Die Abgrenzung geschieht durch den Begriff der „Erwerbsfähigkeit“, der im Folgenden noch näher erläutert wird. Sofern der Hilfebedürftige erwerbsfähig ist, hat er keinen Leistungsanspruch nach SGB XII, erhält also keine Sozialhilfe, sondern Arbeitslosengeld II. Die nicht erwerbsfähigen Angehörigen des Hilfesuchenden erhalten Sozialgeld zur Sicherung des Lebensunterhalts.

Sozialhilfe nach SGB XII erhalten somit nur noch Kinder und Erwachsene bis zur Altersgrenze, wenn sie zeitweise voll erwerbsgemindert sind. Bis zum 31. 12. 2007 war die Altersgrenze einheitlich die Vollendung des 65. Lebensjahres. Mit Wirkung zum 1. 1. 2008 hat das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz § 7a SGB II geschaffen. Danach erreichen Personen, die vor dem 1. 1. 1947 geboren sind, die Altersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres. Für danach geborene Personen wird die

Altersgrenze stufenweise angehoben. Hierzu ist in § 7a SGB II eine Tabelle enthalten.

Beispiel:

Wer im Jahre 1953 geboren ist, erreicht die Altersgrenze mit 65 Jahren und 7 Monaten.

Für ab 1964 Geborene gilt die Altersgrenze von 67 Jahren.

Hilfebedürftige Personen ab dem Erreichen der Altersgrenze und Volljährige, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, erhalten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die seit 2005 ebenfalls im SGB XII geregelt ist.

Das Schaubild auf Seite 13 erläutert die Unterschiede beider Gesetze.

Aufgaben und Ziele: Fördern und Fordern

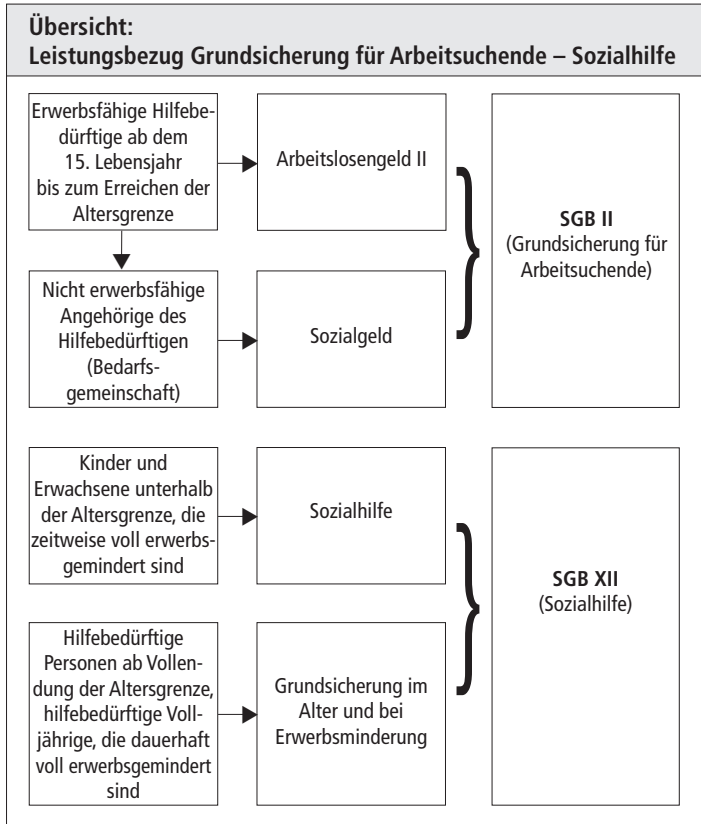
§ 1 SGB II bezeichnet die Aufgabe und das Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Danach soll die Grundsicherung für Arbeitsuchende die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken. Das Gesetz soll dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können.

In § 1 SGB II wird weiter bestimmt, dass die Grundsicherung für Arbeitssuchende erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen und den Lebensunterhalt sichern soll, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können. Sowohl im SGB II wie auch im SGB XII wird also darauf abgehoben, dass der Hilfebedürftige so schnell wie möglich wieder ohne die Fürsorgeleistung leben kann, also wieder allein für sich sorgt.

Seit 1. 1. 2008 wird bestimmt, dass erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, unverzüglich in Arbeit oder in eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln sind (§ 3 Abs. 2a SGB II). Beachten Sie zu Arbeitsgelegenheiten die Ausführungen zum Thema „Zumutbarkeit“.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende sieht deshalb in § 14 SGB II den Grundsatz des Förderns vor, das bedeutet, das SGB II beinhaltet einen Leistungsanspruch auf geeignete Fördermaßnahmen und Unterstützung.

Gewissermaßen als Gegenstück gibt es hier aber auch den Grundsatz des Forderns in § 2 SGB II. Danach müssen erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen. Der erwerbsfähige Hilfebedürftige muss aktiv



an allen Maßnahmen zu seiner Eingliederung in Arbeit mitwirken. Um dies zu steuern, bedient sich das Gesetz verschiedener Instrumentarien:

- der Eingliederungsvereinbarung
- der Verpflichtung zur Aufnahme jeder zumutbaren Arbeit
- der Verpflichtung zur Aufnahme von Arbeitsgelegenheiten
- Leistungen zur Eingliederung
- Leistungsbeschränkungen

Die Eingliederungsvereinbarung (§ 15 SGB II) soll für jeweils sechs Monate abgeschlossen werden und insbesondere beinhalten, welche

Leistungen der Erwerbsfähige zur Eingliederung erhält, welche Eigenbemühungen der Erwerbsfähige in welcher Häufigkeit zu unternehmen hat und in welcher Form diese nachzuweisen sind. Außerdem ist anzugeben, welche Leistungen Dritter, insbesondere anderer Sozialleistungsträger, der erwerbsfähige Hilfebedürftige zu beantragen hat. Bei Bildungsmaßnahmen soll auch geregelt werden, ob bei Abbruch der Maßnahme ohne gewichtigen Grund eine Schadensersatzpflicht für den Erwerbsfähigen entsteht und wie hoch diese sein wird.

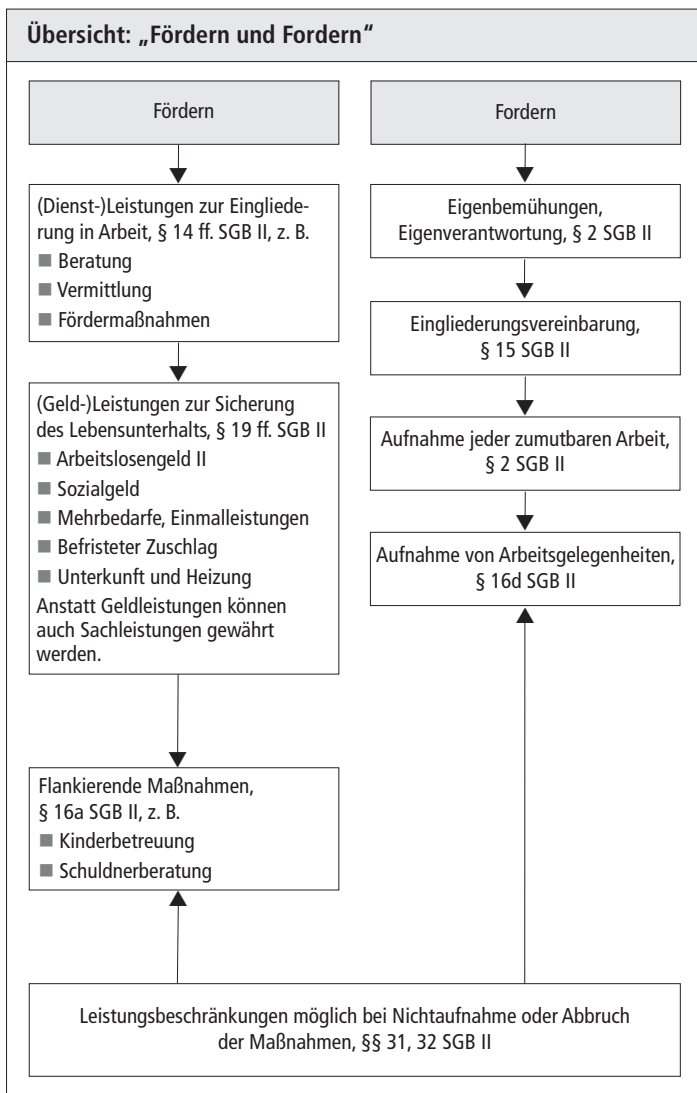
Wichtig: Die Eingliederungsvereinbarung umfasst nur die Bemühungen zur Eingliederung in Arbeit, nicht aber die gesetzlich festgelegten Leistungen zum Lebensunterhalt (Regelleistungen, Kosten der Unterkunft). Welche Maßnahmen erforderlich sind bzw. Erfolg versprechen, beurteilt der zuständige Fallmanager nach seinem Ermessen. Ein Anspruch auf eine bestimmte Eingliederungsmaßnahme besteht nicht. Einen Überblick über mögliche Leistungen finden Sie in der Übersicht zum Thema „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ auf Seite 22.

Der erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen müssen in eigener Verantwortung alle Möglichkeiten nutzen, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln und Kräften zu bestreiten. Ausdrücklich wird bestimmt, dass erwerbsfähige Hilfebedürftige ihre Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen einsetzen müssen. Von daher muss der Arbeitsuchende jede zumutbare Arbeit annehmen.

Wichtig: Auch bisher nicht Arbeit suchende Partner der Bezieher von Arbeitslosengeld II sind verpflichtet, sich Arbeit zu suchen. Ihnen stehen alle Maßnahmen der Arbeitsvermittlung und Arbeitsförderung zur Verfügung. Im Gegenzug sind sie verpflichtet, jede zumutbare Tätigkeit, die ihnen angeboten wird, anzunehmen. Einen eigenen Antrag auf Arbeitslosengeld II müssen die Partner grundsätzlich nicht stellen. Der Antragsteller vertritt in dieser Hinsicht die gesamte Bedarfsgemeinschaft (§ 38 SGB II).

Ist eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht möglich oder kann eine solche nicht gefunden werden, hat der erwerbsfähige Hilfebedürftige eine ihm angebotene zumutbare Arbeitsgelegenheit zu übernehmen (§ 2 Abs. 1 SGB II).

Die bereits im früheren Sozialhilferecht mögliche Vergabe von gemeinnütziger oder zusätzlicher Arbeit wurde in das SGB II übernommen (§ 16d SGB II). Diese im öffentlichen Interesse liegenden, zusätzlichen Arbeiten werden mit einer Entschädigung für Mehraufwendungen zusätzlich zum Arbeitslosengeld II gezahlt; derzeit werden Vergütungen



Stichwortverzeichnis

Die Seitenangaben in fetter Schrift beziehen sich auf die Kommentierung (Seiten 9 bis 41). Die Angaben mit § beziehen sich auf die gesetzlichen Grundlagen sowie die Verordnungen (Seiten 43 bis 106).

Absenkung **36**
 Alleinerziehende § 20 SGB II
 Alleinstehende **17**, § 20 SGB II
 Altersgrenze **11**, § 7a SGB II
 Altersrente, vorgezogene § 1 UnbilligkeitsV
 Altersvorsorge § 12 SGB II
 Angemessener Wohnraum **20**
 Anspruchsberechtigte
 Personen **23**, § 7 SGB II
 Anspruchsübergang § 33 SGB II
 Antrag § 37 SGB II
 Arbeit, selbstständige **32**
 Arbeitsentgelt **16**
 Arbeitsgelegenheit **13**, **23**, **29** § 16d SGB II
 Arbeitsgemeinschaften § 44b SGB II
 Arbeitslosengeld II **11**, **17**, **31**, **35–36**,
 § 19 SGB II
 Arbeitslosengeld II, Einkommen
 § 1 Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-VO
 Arbeitsunfähigkeit § 56 SGB II
 Aufrechnung § 43 SGB II
 Ausbildungsförderung § 11 SGB II
 Ausbildungsplatz **21**
 Auskunftsspflicht §§ 57, 60 SGB II
 Ausländer **24**, **37**
 Außendienst **23**, § 6 SGB II
 Auszahlung § 42 SGB II
 Auszubildende §§ 7, 22 SGB II

Bedarfsgemeinschaft **24**, **26**
 Befristeter Zuschlag **20**, § 24 SGB II
 Behinderte **23**
 Beitragssatz **36**
 Belehrung **36**
 Berufsausbildung **35**
 Beschäftigungsförderung § 16e SGB II
 Beschäftigungsort **29**
 Beschäftigungszuschuss **16**, **36**
 Bestandsschutz **29**
 Bruttoeinnahmen **32**
 Bußgeld § 63 SGB II

Darlehen **18–19**, **35**, § 7 SGB II
 Datenschutz § 51 SGB II
 Dienstleistungen § 4 SGB II

Ehegatte **25**
 Eheähnliche Gemeinschaft **25**
 Eigentumswohnung § 12 SGB II
 Eigenverantwortung **12**
 Ein-Euro-Jobs **16**, **29**
 Eingliederung **16**
 Eingliederung von Selbständigen § 16c SGB II
 Eingliederungsleistungen **21**, § 16 SGB II,
 § 2 Mindestanforderungs-VO
 Eingliederungsvereinbarung **13**, **37**,
 § 15 SGB II
 Einigungsstelle § 45 SGB II,
 § 4 Einigungsstellen-VerfahrensVO
 Einkommen **27**, **31**, § 11 SGB II,
 § 1 Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-VO
 Einkommensbescheinigung § 58 SGB II
 Einmalige Einnahmen **32**
 Einmalleistungen **18**
 Einstiegsgeld **23**, § 16b SGB II
 Elterngeld **31**
 Entschädigung für Mehraufwendungen **14**
 Erbenhaftung § 35 SGB II
 Ersatzanspruch § 34 SGB II
 Erstaussstattung **17–18**, § 23 SGB II
 Erstbezug **17**
 Erwerbsfähigkeit **11**, **23**, **26**, §§ 8,
 44a SGB II
 Erwerbstitigenfreibetrag **32**, § 30 SGB II
 Erwerbstätigkeit **29**, § 30 SGB II

Fallmanager **14**, **21**
 Forstwirtschaft **32**
 Frauenhaus § 36a SGB II
 Freibeträge § 30 SGB II
 Förderung bei Wegfall der
 Hilfebedürftigkeit § 16g SGB II
 Förderung, freie § 16f SGB II

Geldleistungen § 4 SGB II
 Gemeinnützige Arbeit **14**
 Grundfreibetrag **33**, § 12 SGB II
 Grundsatz des Forderns **12**, § 2, 14 SGB II
 Grundsatz des Förderns **12**, § 14 SGB II
 Grundstücke **33**

Härte **18**, § 12 SGB II
 Hausgrundstück § 11 SGB II

- Haushaltsenergie **16**, § 20 SGB II
Haushaltsgemeinschaft **26**
Haushaltsgeräte § 23 SGB II
Hausrat § 12 SGB II
Heizung **16, 18**, §§ 19, 22 SGB II
Hilfebedürftigkeit **11, 23, 27**, §§ 7, 9, 44a SGB II
- Integrationskurs **37**
- Jugendliche **17**
- Kinder § 7 SGB II
Kindererziehung **28**
Kindergeld **31**
Klassenfahrten **18**, § 23 SGB II
Kommunale Träger **38**, § 1 Kommunalträger-ZulassungsVO
Kostenerstattung § 36a SGB II
Krankenversicherung **35**, § 26 SGB II
Kulturelles Leben § 20 SGB II
Kürzungen **37**
- Landwirtschaft **32**
Lebensmittelgutscheine **37**
Lebenspartner **25**
Lebensversicherungen **33**
Leistungen zur Eingliederung **21**
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts § 20 SGB II
Leistungsbeschränkungen **36**
Leistungsfähigkeit **16**
Leistungsgrundsätze § 3 SGB II
Leistungsmissbrauch **23**, §§ 6, 64 SGB II
- Mehraufwandsentschädigung **29**
Mehraufwendungen **14**
Mehrbedarfe **18**, § 21 SGB II
Meldepflicht § 59 SGB II
Mietkaution **19**
Minderleistungen **16**
Mitwirkungspflicht Dritter § 60 SGB II
- Nachranggrundsatz **26**
Notwendige Anschaffungen **34**
- Partner **14**
Pauschale **18**
Pendelzeiten **29**
Pflege **23, 29**, § 11 SGB II
Pflichtverletzung § 31 SGB II
- Planungsunterstützung § 53 SGB II
Psychosoziale Betreuung **23**
- Rechtsfolgen **36**
Regelleistung § 20 SGB II
Rentenversicherung **35**, § 25 SGB II
Riester-Rente **32, 35**
Räumungsklage **20**
Rückzahlung **18**
- Sachleistung **18, 37**
Sanktionen **37**
Schadenersatz § 62 SGB II
Schulbedarf § 24a SGB II
Schuldnerberatung **23**
Schwangerschaft § 23 SGB II
Selbstständige **23**
Sicherung des Lebensunterhalts **16**
Sofortangebot **21**, § 15a SGB II
Sozialberichterstattung § 53 SGB II
Soziale Absicherung **35**
Sozialgeld **11, 16, 25, 31**, § 28 SGB II
Sozialgeld, Einkommen § 1 Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-VO
Sozialhilfe **11**
Sparguthaben **33**
Sprachkurse **37**
Steuern **31**
Straßenverbindung **32**
Suchtberatung **23**
- Träger **38**, § 6 SGB II
- Umzug **17**
Umzugskosten **19**
Unterhaltsanspruch § 33 SGB II
Unterhaltsverpflichtungen § 11 SGB II
Unterhaltsvorschuss **31**
Unterkunft **17–18**, § 19 SGB II
Untersuchung **37**
- Verantwortung **25**
Verkehrswert **35**, § 12 SGB II
Verletztengeld § 25 SGB II
Vermittlungshemmnisse **16**
Vermögen **26**, § 12 SGB II
Versicherung **30**
Versicherungen **31**
Versicherungspflicht § 26 SGB II
Vertretung § 38 SGB II
Verwertung **33**

Werbungskosten **32**
Werdende Mütter **17**, § 21 SGB II
Wohngeld **20**
Wohnungsbeschaffungskosten **19**
Wohnungsgröße **18**

Zuflussprinzip **32**
Zumutbarkeit **28**, § 10 SGB II
Zusicherung **17**